

Baunatal, 13.01.2023

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

zur Beratung und Beschlussfassung unser Änderungsantrag zur Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2023 zu TOP 1 "Neufassung der Gebührenordnung zur Satzung über die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt Baunatal"

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende reduzierte Gebührenerhöhung im Bereich Ü3:**

- 1. Die Erhöhung der Betreuungsgebühren außerhalb der Regelbetreuungszeit erfolgt nur einmalig um 50% (von 1,- EURO auf 1,50 EURO) aber erst zum 01.08.2023, zum Start des Kindergartenjahres 2023/24.**
- 2. Auf eine weitere Erhöhung der Betreuungsgebühren sowie auf die Einrichtung einer Grundgebühr im U3 Bereich wird vorerst verzichtet.**
- 3. Beschlossen wird auch die Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung einer langfristig angelegten und strategischen Gebührengestaltung.**

### **Sachdarstellung:**

Der Platzbedarf, die Angebotsstruktur sowie die inhaltliche Ausgestaltung der städtisch getragenen Kindertagespflege in Baunatal haben in den letzten Monaten, bzw. Jahren, eine stetige Entwicklung durchgemacht. Auf die Bedarfe der Stadtgesellschaft wurde seitens der städtischen Trägerschaft reagiert. Die Angebote der Kindertagespflege bis zum Schuleintritt (und im Hortangebot darüber hinaus) sind Elemente der Baunataler Bildungskette.

Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung sowie eine weitgehende Gebührenfreiheit begünstigen eine sehr hohe Beteiligung der Baunataler Kinder innerhalb der Elemente der Baunataler Bildungskette. Dies ist eine positive Entwicklung, deren Fortbestand die Stadt Baunatal vor dem Hintergrund des demografischen Wandels mit allen verfügbaren Mitteln fördern muss.

Anders als im vorliegenden ursprünglichen Antrag der Verwaltung vorgeschlagen, können zusätzliche Einnahmequellen für die Bewältigung der hohen anfallenden Kosten für diesen Arbeitsbereich nicht einseitig durch Nutzungsgebühren für Eltern generiert werden. Die Integration von Kindern in frühkindliche Bildungseinrichtungen, auch über den Vormittag hinaus, ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht als Privatinteresse von Eltern zu sehen. Bei Berufstätigkeit von beiden Elternteilen

oder Alleinerziehenden ist ein Betreuungsangebot in den Nachmittag hinein durch die Kommune zwingend notwendig. Eine relativ spontane ad hoc-Erhöpfung der Gebühren um insgesamt das Doppelte ist für Familien zudem schlecht einzuplanen und lässt keine langfristige, vertrauensbildende Gestaltung der Gebühren erkennen. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuell belastenden finanziellen Situation durch Inflation, Kostensteigerungen und andere Gebührenerhöhungen ist eine zusätzliche finanzielle Belastung bei der Kinderbetreuung vielen Familien nicht zuzumuten.

Demgegenüber steht die angespannte Haushaltslage der Stadt Baunatal sowie gestiegene Kosten für Lebensmittel, Dienstleistungen und andere Ressourcen neben den tariflichen Steigerungen der Personalkosten.

Deshalb schlagen Bündnis 90/Die GRÜNEN vor, die Gebührenerhöhung abzuschwächen, indem nur Teilaspekte des Ursprungsantrags umgesetzt werden:

- Erhöhung der Verpflegungspauschale von 60,- Euro auf 75,- EURO, wie in der Vorlage, um eine gesunde und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Ernährung zu gewährleisten
- die Erhöhung der Betreuungsgebühren außerhalb der Regelbetreuungszeit erfolgt einmalig um 50% (von 1,- EURO auf 1,50 EURO) aber erst zum Start des Kindergartenjahres 2023/24
- Auf eine weitere Erhöhung der Betreuungsgebühren sowie auf die Einrichtung einer Grundgebühr im U3 Bereich wird vorerst verzichtet
- Darüberhinausgehende Änderungen der Ordnung §1-8 entsprechend der Vorlage

Darüber hinaus beinhaltet dieser Änderungsantrag die Einrichtung einer internen Kommission zur Erarbeitung einer strategischen zukunftsgerichteten Gebührengestaltung, um weitere ad hoc-Erhöhpungen zu vermeiden. Dabei kann an regelmäßig progressive Gebührensteigerungen in kleinen Schritten, eine einkommensabhängige Gebührenordnung oder alternative Lösungen gedacht werden. Ziel soll eine vorhersehbare, zukunftsgerichtete Gebührenordnung sein, die allen Kindern gerecht wird, unabhängig von den sozialen Gegebenheiten in den Familien.

Für die Fraktion:

Franziska Bünsow (Stellvertretende Fraktionsvorsitzende)

Damaris Müller